

Katastrophen im östlichen Europa vom 18. Jahrhundert bis heute

Veranstalter: Universität Tübingen

Datum, Ort: 21.02.2013-22.02.2013, Tübingen

Bericht von: Katja Doose, Zentralasienseminar, Humboldt-Universität Berlin

Katastrophen fördern durch ihre Brisanz und Gefahren Prozesse in Politik und Gesellschaft zutage, die ansonsten verborgen geblieben bzw. wesentlich langsamer aufgetreten wären. Außerdem produzieren sie die für Historiker/innen so wichtigen Quellen und geben somit vertiefte Aufschlüsse über Gesellschaften. Die Erforschung von Katastrophen wird nun seit fast zwei Jahrzehnten vermehrt interdisziplinär unter Berücksichtigung unterschiedlicher Gesichtspunkte betrieben. Dabei lag der Fokus bisher vornehmlich auf den Regionen Europa, Südostasien oder Nord- bzw. Südamerika. Das östliche Europa und das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion spielten erstaunlicherweise trotz der häufig vorkommenden Katastrophen in Vergangenheit und Gegenwart als Katastrophenregion eine eher untergeordnete Rolle für die Wissenschaft. Im Rahmen des Workshops „Katastrophen im östlichen Europa“ des SFB 923 „Bedrohte Ordnungen“ kamen daher Historiker/innen und Ethnolog/innen zusammen, um anhand von Fallbeispielen aus dem östlichen Europa und der ehemaligen Sowjetunion zu überprüfen, wie man Osteuropa- und Katastrophenforschung zusammenführen kann. Zum einen wurde gefragt, inwieweit Katastrophen eigentlich Katalysatoren sozialen Wandels sind und Ordnungen in Frage stellen oder bedrohen, zum anderen interessierte, was Katastrophen-Kommunikation über gesellschaftliche und politische Machtverhältnisse und politische Gestaltungsmöglichkeiten deutlich machen kann.

In welchem Wechselspiel Risiken und Nutzen im Umgang mit Ressourcen stehen, versuchte CHRISTIAN LOTZ (Marburg) durch den Typus der antizipierten Katastrophe darzustellen. Er fragte nach den Wechselwirkungen von Waldnutzung und Waldschutz im Nord- und Ostseeraum des 19. Jahrhunderts. Er stellte sich gegen die gängige Dichotomie, bei der Umweltschutz als Gradmesser

der Fortschrittlichkeit gesehen wird und der Mangel daran als Rückständigkeit, und verdeutlichte dies anhand der Geschichte der Waldnutzung in Nordeuropa. Nach Lotz waren die Maßnahmen zum Schutz des Waldes innerhalb Europas sehr unterschiedlich, was vor allem auf den sehr unterschiedlichen Nutzungsdruck auf Waldgebiete zurückzuführen sei. Dieser stieg in Nordeuropa, während er in Mitteleuropa zurückging. Das ökologische Gleichgewicht wäre dadurch bedroht gewesen.

GEORGIA TZIAFETAS (Tübingen) machte in seinem Beitrag deutlich, dass es keiner Katastrophe bedarf, um eine Bedrohungskommunikation hervorzurufen. Die Debatte in den 1980er-Jahren, in der die Gefahr einer Überschwemmung Leningrads beim Nichtbau des Dammes einer antizipierten ökologischen Katastrophe beim Bau des Dammes gegenüberstand, endete in einer „Konkurrenz der Bedrohungen“. Die ökologische Bedrohung, so Tzifetas, hätte in der Debatte jedoch nur eine geringe Rolle gespielt, da der Damm von den Gegnern vor allem aufgrund seiner Funktion als kommunistisches Machtsymbol abgelehnt bzw. von den Befürwortern aus demselben Grund begrüßt wurde. Die Auflösung der Beziehung zwischen dem Expertensystem und der Staatsmacht trug so ihr Übriges zum Scheitern des Projektes bei. Das führte nach Tzifetas schlussendlich zu einem Vertrauensverlust der Bevölkerung sowohl in die sowjetische Führung als auch in das Expertensystem. Die gewohnte Ordnung innerhalb der sowjetischen Öffentlichkeit sei dadurch geschädigt worden.

JAN HINRICHSSEN (Tübingen) sah im Fallbeispiel von Lotz die Auseinandersetzung mit der Frage um Wissensformen über Waldschutz und -nutzung und hielt daher den Begriff der Wissenspraxis als theoretischen Zugang zur Deutung von Verstrickungen sozio-ökonomischer Faktoren mit Natur und Politik für sehr geeignet. So sei die Dichotomie modern-rückständig gut zu hinterfragen. Tzifetas Beitrag machte Hinrichsen zufolge deutlich, wie eine antizipierte Katastrophe dennoch eine Kommunikation auslösen kann, die eine bestehende Ordnung bedroht, welche wiederum, so Hinrichsen, Expertenwissen benötigt, um sich zu festigen. Die Natur

betreffend forderte er, Bezüge zu ihr expliziter zu machen und sie nicht nur als Objekt, sondern als „Akteur eines Kollektivs“ zu verstehen. Der Referent setzt sich zwar einerseits für die Auflösung der Dichotomie Natur - Politik ein, andererseits sieht er sie aber als entscheidenden Faktor für die Analyse von sozialen Ordnungen und Katastrophen.

Wie Katastrophen bestimmten sozialen Gruppen Nutzen bringen können, zeigt NIGEL RAAB (Los Angeles) anhand des Erdbebens in Taschkent 1966. Soziale Gruppen – und nicht wie sonst üblich die Partei – seien im Falle dieser Katastrophe die Hauptakteure, für die Handlungsoptionen entstehen. Nach Raab konnten erst durch das Erdbeben, Architekten in Diskussionen um westliche Architektur treten, Jugendliche des Kosmosol neue Möglichkeiten entdecken und neue Migrationsmuster entstehen, die eigene Wege in der neuen Heimat erlaubten. Das war für den Referenten Beweis genug dafür, dass der autoritäre Staat Individuen beherbergte, die trotz allem „ihren eigenen Träumen nachgingen“. Das Beben bot Raab zufolge den Bürgern damit „dynamische Möglichkeiten“ innerhalb der „eingeschränkten Parameter des sowjetischen Lebens“.

Anhand der Analyse der Überschwemmungen in Bulgarien aus dem Jahr 2012 zeigte der Ethnologe PETAR PETROV (Sofia), wie eine Katastrophe, deren Ursprünge auf die Zwangskollektivierung der 1950er-Jahre zurückgehen, vom Zentrum politisch instrumentalisiert wurde. Durch die brillante Inszenierung des bulgarischen Präsidenten und Ministerpräsidenten als Helden während der Katastrophenbewältigung konnte deren Vormachtstellung gegenüber der Opposition aufrechterhalten werden. Ein Mediendiskurs, der Dorfbewohner und Politiker einzig in Opfer und Helden einteilte, unterstützte das Vorhaben. Petrov legte außerdem dar, wie aus der Flutkatastrophe aufgrund falscher Ressourcenverteilung im Nachgang eine soziale Katastrophe wurde. Er belegte dies auch mit dem für Katastrophen oft typischen Wandel von anfänglich starkem Solidaritätsdenken hin zu deutlichen Rivalitäten unter den Dorfbewohnern.

SANDRO RATT (Tübingen) stellte in seinem Kommentar die Gemeinsamkeiten der

beiden Vorträge in den Mittelpunkt, die trotz ihrer zeitlichen und räumlichen Streuung deutlich werden. So konstatierte er, dass sich offensichtlich lokale Katastrophenkulturen herausgebildet haben die der Vorbeugung und Bewältigung dienten. Das Ausmaß der Katastrophen, so Ratt, sei in beiden Fallbeispielen von der Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie abhängig. Die beiden Beiträge machten auch deutlich, wie sehr Katastrophen zu politischen Instrumentalisierungen veranlassen und nicht als singuläre (Natur-) Ereignisse zu verstehen sind, sondern immer „prozessual und multidimensional“ gedacht werden sollten.

Politische Instrumentalisierung ist keine Erscheinung des 20. Jahrhunderts. Diese Tatsache verdeutlichte das Fallbeispiel DOMINIK COLLETS (Heidelberg), welches die Hungerkatastrophe während der Ersten Teilung Polens thematisierte. So führte er aus, wie Friedrich II. die Katastrophe nutzte, um sein „soziales Königtum“ zu errichten, indem er Maßnahmen zur Sicherstellung von Getreide propagierte, welches er zuvor in Polen gewaltsam entwendet hatte. Nur dadurch konnte Friedrich II. seine für Preußen so bedeutenden, aber auch teuren und ineffizienten Magazine „als Fürsorgeeinrichtung [...] inszenieren“. Den Versuch Friedrichs II. die Ordnung in Zeiten der Krise zu stabilisieren, indem er andere Regierungen öffentlich angriff („Inklusion durch Exklusion“), beschrieb Collet als erfolgreich. Er machte überdies darauf aufmerksam, dass die totalen Hungerkatastrophen während des 18. Jahrhunderts trotz ihrer hohen Opferzahlen heute vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit erfahren, obwohl Hungerkrisen und Politik so eng miteinander verflochten sind. Dies führte er auf die Problematik zurück, dass Historiker/innen Mensch und Natur weiterhin als separate Elemente ansehen.

Dass auch Schweigen als Machtinstrument eingesetzt werden kann und als Form politischer Kommunikation gilt, zeigte ROBERT KINDLER (Berlin) in seinem Vortrag. Der gängigen These, dass das Schweigen über die sowjetischen Hungerkatastrophen die Funktion hatte, das Thema zu verdrängen, folgte er nicht. Die Kommunikation bestand ihm zufolge nicht nur aus Schweigen, sondern beinhaltet

tete auch „Sprechen“ z.B. in Form von Briefen an die Regierung. Das, so Kindler, hielt die Schreiber/innen davon ab, Probleme zu veröffentlichen, half aber auch konkrete Schuldige in der Region zu identifizieren. Diese Identifikation Einzelner war zwingend notwendig, da nur so der sowjetische Staat als Einheit unschuldig bleiben konnte. Kindler führte weiter aus, dass Schweigen als Herrschaftsinstrument einerseits die Ordnung stabilisierte, andererseits aber auch den nicht direkt Betroffenen diene, die Opfer auszuschließen, um sich selbst zu schützen. Er bezeichnete das als eine Form von „Gesellschaftsvertrag“, da die „Exklusion der Opfer [...] die Inklusion der Übrigen (bedeutete)“.

In seinem Kommentar stellte JÜRGEN SCHMIDT (Tübingen) zusammenfassend fest, dass in beiden Beispielen mithilfe von Inklusion und Exklusion Hunger zur Herrschaftsstabilisierung genutzt wurde. Dahinter könne man einen durch die Katastrophe „forcierten Ordnungswandel“ erkennen. Die Hungerkatastrophe unter Friedrich II. habe vor allen Dingen eine katalytische Wirkung auf Innenpolitik und Gesellschaft. Collets Beitrag betreffend interessierte ihn, welche Medien Friedrich II. einsetzte, um seine Herrschaftsstrategie durchzusetzen. In der Hungerkatastrophe im sowjetischen Kasachstan sah Schmidt zwei soziale Ordnungen: die kasachische und die sowjetische. Das warf bei ihm die Frage auf, wie sich das Verhältnis von kasachischer Gesellschaft zur sowjetischen gestaltete, wie sich also die Hungerkatastrophe auf die Sowjetisierung der Peripherie auswirkte. Abschließend wünschte er sich eine weniger weit gefasste Verwendung der Begriffe „Inklusion“ und „Exklusion“.

In ihrem Vortrag thematisierte LAURA SEMBRITZKI (Hamburg) die Behauptung von lokalen Akteuren und Umweltgruppen in Čeljabinsk 30 Jahre nach dem Unfall im Majak-Kombinat 1957. Sie betonte dabei die in der Perestroika-Zeit neu aufkommende Wertschätzung von lokalem Wissen. Aus ihrer Zeitungsanalyse schlussfolgerte sie, dass zum einen die Folgen des Unfalls weiterhin verharmlost wurden, zum anderen die Majak-Katastrophe dazu diene, Technikfortschritte der sowjetischen Moderne durch in der Vergangenheit liegende Fehler höher zu bewer-

ten, ganz im Sinne des Fortschrittparadigmas. Sie identifizierte aber auch eine sich verändernde Praxis in der regierungsnahen Berichterstattung, welche sich in Form von kritischeren Artikeln manifestierte. Diese führte sie auf die Auflösung des Zensursystems zurück, aber auch auf den zunehmend realistischen Blick auf den Alltag. Auffällig ist, so Sembritzki, dass die als liberal eingestuft Zeitungen keine erwähnenswerte Berichterstattung zu diesem Thema lieferten.

Die Bewältigungsprozesse nach dem Reaktorunfall in Cernobyl rollte ANNA VERONIKA WENDLAND (Marburg) in ihrem Beitrag auf. Die Ordnung innerhalb der sowjetischen Kerntechnik, die durch den Unfall bedroht zu sein schien, zeichnete sich vor allem in den neuen Kraftwerken durch Hierarchiedurchlässigkeit, einen gut funktionierenden Informationsfluss und einen hohen Solidaritätsgrad aus. Das Wiederherstellen der Ordnung nach dem Unfall gelang nach Meinung der Referentin einerseits durch die Narrative der Soldaten als Helfer und der Katastrophe als „letzte Schlacht der SU“, andererseits durch die Suche nach Verantwortlichen für die Katastrophe. Letztgenanntes stellte die Ordnung nur teilweise wieder her und zerstörte dafür etwas anderes: die Schuldzuweisungen an das Personal des Kraftwerks resultierten Wendland zufolge in einem Vertrauensverlust in die technischen Eliten, der bis heute anhält. Nichtsdestotrotz fasste sie den gesamten Prozess seit 1986 als Erfolgsgeschichte zusammen, die auf Lernfähigkeit und Wissenstransfer über die Jahre beruht.

In ihrem Kommentar machte MELANIE ARNDT (Regensburg) darauf aufmerksam, dass die moderne Form von nuklearen Katastrophen den Bereich des „Sag- und Darstellbaren“ verlässt, was Eindeutigkeiten in der Analyse nicht mehr zulässt. Da der singuläre Unfall in Majak nur für einen Teil der Gesamtverstrahlung im Gebiet verantwortlich ist, der andere Teil von zahlreichen anderen eher latenten Verschmutzungen stammt, fragte sie sich, ob Historiker/innen eine evidente Katastrophe für eine bessere Einordnung nötig haben. Die hohe Anzahl von Baschkiren und Tataren unter den Opfern in Majak führte sie zu der Frage nach der Rolle von Ethnizität im Prozess der Veröffentli-

chung. Schließlich wies sie auf die tatsächliche Wirkmächtigkeit des Technikglaubens in beiden Beiträgen hin, welcher sich in „Majak“ durch die stoische Befolgung von Evakuierungsmaßnahmen manifestierte. In Bezug auf die Černobyl-Katastrophen kann ihr zufolge keine Rede von Vertrauensverlust in die Technik sein, da sonst weitere Atom-Projekte nach 1986 keine Befürwortung mehr erfahren hätten. Sie zweifelte auch an, ob und wenn ja, aus welcher Sicht man von einer „funktionierenden Ordnung“ vor dem Reaktorunfall sprechen kann. War es nicht eher eine „gelungene Anpassung an die Unordnung“?

In seinem Abschlusskommentar betonte MARC ELIE (Paris) die in dem Workshop bewiesene Anschlussfähigkeit der Osteuropaforschung an die Katastrophenforschung, auch wenn nicht alle Begriffe, wie z.B. „Risikogesellschaft“, übertragbar seien. Dafür böten sich andere Aspekte wie die Zentrums-Peripherie-Beziehung, die Machtinszenierung, die internationalen Verflechtungen und die Konfliktrichtigkeit beim Wiederaufbau an.

Während der Abschluss- und auch Sektionsdiskussionen wurde deutlich, dass, wie auch in der Katastrophenforschung, eine Typologie oder ein „Leitfaden“ (Gestwa) fehlt. Die Frage nach der Vergleichbarkeit stellte sich, obwohl hier fraglich ist, inwieweit diese bei einer derartigen zeitlichen und räumlichen Streuung überhaupt möglich ist. Aber das ist Zukunftsmusik für weitere Workshops zu dieser Thematik, die dann hoffentlich auch, so der Wunsch der Organisatoren, die Region Südosteuropas einbeziehen. Collet unterstrich die Wichtigkeit des technologischen Aspekts von Katastrophen, der oft vergessen wird. Eine Einbettung in globale Prozesse und in größere politische Kontexte, wie z.B. die Zerfallsgeschichte der Sowjetunion, für die Beiträge zur 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts wäre nach Meinung der Autorin ebenfalls sehr hilfreich. Schon allein deshalb, um eine Aneinanderreihung von Fallbeispielen zu vermeiden.

Konferenzübersicht:

Grußwort Klaus Gestwa

Sektion 1: Risiko und Nutzen abwägen: Kon-

troversen um Ressourcen und Umwelt

Christian Lotz: Katastrophenabwehr oder Rohstoffausbeutung? Debatten um Waldgebiete und ihre Schutzfunktion gegen Überschwemmungen und Bodenerosion im Nord-Ostseeraum während des 19. Jahrhundert

Georgios Tziafetas: Flutkatastrophe versus Umweltverschmutzung: Die Konkurrenz der Bedrohungen in der öffentlichen Diskussion über den Leningrader Dammbau während der 1980er und 1990er Jahre

Kommentar: Jan Hinrichsen

Sektion 2: Katastrophen und die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie

Nigel Raab: Das Taschkent Erdbeben von 1966: Vom Nutzen und Nachteil einer Tragödie

Petar Petrov: Überschwemmung und Wiederaufbau im bulgarischen Dorf: Historische, politische und soziokulturelle Hintergründe einer Katastrophe

Kommentar: Sandro Ratt

Sektion 3: Die politische Kommunikation in Zeiten von Hungerkatastrophen

Dominik Collet: Hungern und Herrschen. Friedrich II., die Erste Teilung Polens und die Hungerkatastrophe, 1770-1772

Robert Kindler: Sprachregelungen. Die Hungerkatastrophe in Kasachstan 1931-1934 in der Kommunikation bolschewistischer Funktionäre

Kommentar: Jürgen Schmidt

Sektion 4: Aus Verheißung wird Bedrohung: Die sowjetische Nuklearmoderne auf der Anklagebank

Laura Sembritzki: Majak 1957: Von der verschwiegenen Katastrophe zum Kommunikationsereignis der Perestrojka – Zeit?

Anna Veronika Wendland: Tschernobyl vor Gericht. Katastrophe und Kommunikation einer technologischen Leitkultur in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten, 1986-2011

Kommentar: Melanie Arndt

Abschlusskommentar: Marc Elie

Abschlussdiskussion

Tagungsbericht *Katastrophen im östlichen Europa vom 18. Jahrhundert bis heute*. 21.02.2013-22.02.2013, Tübingen, in: H-Soz-u-Kult 10.04.2013.